

Schweizerischer Städteverband
Union des villes suisses
Unione delle città svizzere



Sessionsvorschau

Frühjahrsession Nationalrat

Publikationsdatum: 16.02.2023





Inhaltsverzeichnis

Editorial		3
Ratsgeschäfte		4
20.454 — Kinderarmut bekämpfen	Annahme	4
21.403 — Überführung der Anstossfinanzierung in eine zeitgemässe Lösung	Annahme	4
21.055 — Für ein gesundes Klima (Gletscher-Initiative). Volksinitiative und direkten Gegenentwurf	Ablehnung	4
22.051 — Bundesgesetz über Förderung von Innovation, Zusammenarbeit und Wissensaufbau im Tourismus. Änderung	Annahme	5
22.022 — Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben. Bundesgesetz	Anpassung	5
22.3632 — Aktionsplan zur Förderung innovativer und klimaneutraler Mobilitätsangebote	Annahme	6
22.461 — Dringliches Gesetz zur Beschleunigung von fortgeschrittenen Windparkprojekten und von grossen Vorhaben der Speicherwasserkraft	Anpassung	6
21.047 — Sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien. Bundesgesetz	Anpassung	7
Impressum		9



Editorial

Der Mantelerlass Energie und die familienergänzende Kinderbetreuung sind die zwei Themen in der kommenden Session, die für die urbane Schweiz von grosser Bedeutung sind. Gerne präsentieren wir Ihnen im Rahmen dieser Sessionsvorschau die Haltung des Städteverbands zu ausgewählten Geschäften.

Hohe Elternbeiträge bei der familienergänzenden Betreuung behindern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Städte sind Pioniere im Bereich der früheren Kindheit und investieren beträchtliche Mittel in die familienergänzende Betreuung. Um einen Schritt weiterzukommen, braucht es den finanziellen Beitrag des Bundes. Der Städteverband unterstützt deswegen die Gesetzesvorlage, mit welcher die Parlamentarische Initiative der WBK-NR zur Überführung der Anstossfinanzierung in eine zeitgemässe Lösung umgesetzt werden soll. Der Städteverband setzt sich zudem für das Bundesratsgeschäft zur sicheren Stromversorgung ein. Zur Erreichung des Klimaziels des Bundesrates für 2050 ist eine rasche Elektrifizierung im Verkehrs- sowie im Wärmesektor nötig. Daher sind ein verstärkter und rechtzeitiger Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien unumgänglich, und spezifische Massnahmen zur Stärkung der Stromversorgungssicherheit sind notwendig. Nicht zuletzt unterstützen die Städte die Parlamentarische Initiative zur Bekämpfung von Kinderarmut.

Die Position des Städteverbandes zu diesen und weiteren Geschäften finden Sie in der vorliegenden Sessionsvorschau. Wir wünschen Ihnen eine gute Session und stehen für Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse und eine gute Lektüre

Martin Flügel
Direktor



Der Städteverband – die Stimme der urbanen Schweiz

Drei Viertel der Schweizer Bevölkerung leben in Städten und städtischen Gemeinden. Der **Schweizerische Städteverband** setzt sich für die Anliegen dieser urbanen Schweiz ein – um unser Land insgesamt voranzubringen.



Ratsgeschäfte

20.454 Parlamentarische Initiative Piller Carrard (SP/FR)

Kinderarmut bekämpfen

evtl. 27.02. - 08.03.

Nationalrat

Position: Die Vorlage fordert die Einführung von Massnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut in Form von finanzieller Unterstützung für Familien. Die Grundlage dazu sollen bestehende kantonale Modelle bilden. Der SSV begrüsst die Vorlage, weil sie dazu beiträgt, das Abgleiten von Familien in die Sozialhilfe zu verhindern. Die Sozialhilfe ist auf den Umgang mit individuellen Notlagen ausgerichtet, Familienarmut hingegen stellt in der Schweiz ein strukturelles Problem dar. Folgerichtig soll eine der Sozialhilfe vorgelagerte finanzielle Unterstützung eingeführt werden, die der Situation von Familien gerecht wird. Die Erfahrungen in den vier Kantonen, die Ergänzungsleistungen für Familien eingeführt haben, zeigen, dass diese ein wirksames Instrument zur Armutsbekämpfung sind.

Empfehlung: Der Städteverband empfiehlt, die Vorlage anzunehmen.

21.403 Parlamentarische Initiative WBK-NR

Überführung der Anstossfinanzierung in eine zeitgemässe Lösung

Mittwoch, 1. März 2023

Nationalrat

Position: Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) schlägt dem Nationalrat eine Versteigerung der Bundesfinanzhilfen für die familienergänzende Kinderbetreuung vor. Vorgesehen ist ein Bundesbeitrag von 20% an die Kosten der institutionellen familienergänzenden Kinderbetreuung, der direkt den Eltern zugutekommen soll. Zudem sind Programmvereinbarungen mit den Kantonen geplant, um den bedarfsgerechten Ausbau des Betreuungsangebots, die bessere Abstimmung der Betreuungsangebote auf die Bedürfnisse der Eltern, die Qualitätsentwicklung, sowie allgemein die Weiterentwicklung der Politik der frühen Kindheit gezielt zu fördern. Das Geschäft ist für die Städte von grosser Bedeutung. Die Städte sind Pioniere im Bereich der frühen Kindheit und investieren bereits beträchtliche Mittel in die familienergänzende Betreuung. Trotzdem behindern hohe Elternbeiträge nach wie vor die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Zudem ist eine qualitative Weiterentwicklung des Angebots wichtig. Um im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung einen Schritt weiterzukommen, braucht es den finanziellen Beitrag des Bundes. Diese Investition ist sowohl aus gleichstellungs- als auch wirtschaftspolitischen Gründen (Arbeitskräftemangel, Standortattraktivität etc.) dringend notwendig und lohnt sich auch für den Bund. Der Städteverband befürwortet die Vorlage in aller Deutlichkeit. Das gemeinsam mit der SODK, der EDK und dem Gemeindeverband publizierte **Argumentarium** haben Sie bereits erhalten.

Empfehlung: Der Städteverband ersucht den Nationalrat dringend, auf die Vorlage einzutreten und mehrheitsfähige Lösungen zu finden.



21.055 Geschäft des Bundesrates

Für ein gesundes Klima (Gletscher-Initiative). Volksinitiative und direkten Gegenentwurf

Mittwoch, 1. März 2023

Nationalrat

Position: Die Städte sind von den Konsequenzen des Klimawandels direkt betroffen. In den Städten sind die Folgen der zunehmenden Hitzewellen besonders ausgeprägt, dort ist auch die Empfindlichkeit gegenüber Extremereignissen wie Starkregen oder Hochwasser besonders gross. Die Treibhausgasemissionen auf Netto-Null bis 2050 zu reduzieren, ist für sie somit von zentraler Bedeutung. Der Städteverband sprach sich in der Vernehmlassung für die Volksinitiative aus, die die Vorgaben des Pariser Klimaabkommens in die Verfassung verankern soll und ein Verbot von fossilen Energieträgern vorsieht. Er bevorzugt heute aber das Klimaschutzgesetz, das in der Herbstsession 2022 als indirekten Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative verabschiedet worden ist, da es wirksamer und rascher Klimaschutz in der Schweiz ermöglicht.

Empfehlung: Der Städteverband empfiehlt, sowohl die Gletscher-Initiative als auch den direkten Gegenentwurf abzulehnen, da er das Klimaschutzgesetz als indirekten Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative bevorzugt. Bei einer allfälligen Ablehnung des Klimaschutzgesetzes in der Referendumsabstimmung, würde der Städteverband seine Position überdenken.

22.051 Geschäft des Bundesrates

Bundesgesetz über Förderung von Innovation, Zusammenarbeit und Wissensaufbau im Tourismus. Änderung

Donnerstag, 2. März 2023

Nationalrat

Position: Der Bundesrat will innovative Projekte im Tourismus stärker fördern und den Bundesanteil bei Innotour-Projekten vorübergehend (Zeitraum 2023-2026) von aktuell maximal 50 Prozent auf neu maximal 70 Prozent erhöhen. Mit der Ausweitung der Förderung soll der Schweizer Tourismus insbesondere bei drei strategisch prioritären Innovationsthemen unterstützt werden: der Digitalisierung, der Nachhaltigkeit sowie der Städte- und Geschäftstourismus. Die Unterstützung des Städte- und Geschäftstourismus ist von grosser Bedeutung, da diese stark von der Pandemie betroffen waren und sich noch nicht erholt haben.

Empfehlung: Der Städteverband empfiehlt, die Vorlage anzunehmen.



22.022 Geschäft des Bundesrates

Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben. Bundesgesetz

Donnerstag, 2. März 2023

Nationalrat

evtl. Mittwoch, 8. März 2023

Ständerat

Position: Der vermehrte Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben steht nicht nur beim Bund, sondern auch bei den Kantonen, Städten und Gemeinden im Zentrum der fortschreitenden Digitalisierung der Verwaltung und der diesbezüglichen Ausgestaltung der Beziehungen und des Austauschs mit ihren Einwohnerinnen und Einwohnern. Der Geltungsbereich dieses Gesetzes soll wie vom Bundesrat vorgeschlagen grundsätzlich für die zentrale Bundesverwaltung gelten. Es ist auch richtig, dass der Bundesrat Verwaltungseinheiten der dezentralen Bundesverwaltung diesem Gesetz oder Teile davon unterstellen kann. In seiner ersten Lesung wollte der Nationalrat die Geltung dieses Gesetzes oder Teile davon auch auf die Verwaltungen der Kantone – und infolgedessen der Städte – ausdehnen. Der Städteverband lehnt diesen Eingriff in die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Kantonen ab. Die Digitalisierung soll zwar zwischen den Staatsebenen abgestimmt werden, dies muss aber im Rahmen der Digitalen Verwaltung Schweiz DVS stattfinden, wo Bund, Kantone, Städte und Gemeinden vertreten sind.

Empfehlung: Der Städteverband empfiehlt dem Ständerat, beim Art. 2, Abs. 1, 2 und 2^{bis} an seiner Position festzuhalten.

22.3632 Motion Schaffner (glp/ZH)

Aktionsplan zur Förderung innovativer und klimaneutraler Mobilitätsangebote

evtl. 08.03. - 08.03.

Nationalrat

Position: Diese Motion beauftragt den Bundesrat, in Zusammenarbeit mit den Kantonen und Gemeinden, einen Aktionsplan zur Unterstützung innovativer, kollektiver und nachhaltiger Mobilitätsangebote auszuarbeiten. Dabei geht es insbesondere darum, die regulatorischen Hindernisse abzubauen, um Raum für neue Mobilitätsangebote (z. B. Beförderung auf Abruf, geteilte Mobilität) zu schaffen oder auch die Vernetzung neuer Mobilitätsangebote mit den klassischen öffentlichen Verkehrsmitteln und der sanften Mobilität zu fördern. Die Bevölkerung wird in den nächsten Jahrzehnten wachsen, wobei sich dieses Wachstum vor allem auf den urbanen Raum konzentrieren dürfte. In diesem Kontext und in Anbetracht des Umstandes, dass der Ausbau der Infrastruktur wegen Platzmangel unrealistisch ist, wird die Verbesserung der Auslastung des öffentlichen und privaten Verkehrs unerlässlich sein. Der durch die vorliegende Motion geforderte Aktionsplan könnte einen Beitrag dazu leisten. Der SSV teilt daher die in der Motion festgelegten Ziele.

Empfehlung: Der Städteverband empfiehlt, die Vorlage anzunehmen.



22.461 Parlamentarische Initiative UREK-NR

Dringliches Gesetz zur Beschleunigung von fortgeschrittenen Windparkprojekten und von grossen Vorhaben der Speicherwasserkraft

Mittwoch, 8. März 2023

Nationalrat

Position: Um die CO₂-Emissionen nachhaltig zu senken und gleichzeitig die Versorgungssicherheit gewährleisten zu können, muss der Ausbau der erneuerbaren Energien beschleunigt werden. Windkraftanlagen, die für die Winterstromproduktion eine wichtige Rolle spielen, können massgebend dazu beitragen. Aus diesem Grund begrüsst der Städteverband die Absicht der UREK-N, eine rasche Realisierung der Windparkprojekte, die bereits über eine rechtskräftige Nutzungsplanung verfügen, zu ermöglichen.

Zwecks Beschleunigung der Verfahren kann sich der Städteverband damit einverstanden erklären, dass die Kantone die Kompetenz erhalten, die Baubewilligung für die betroffenen Windenergieanlagen zu erteilen. Jedoch müssen die Standortgemeinden frühzeitig in das Verfahren einbezogen werden. Eine Mitsprachemöglichkeit der Standortgemeinden muss garantiert werden, auch um die lokale Akzeptanz sicherzustellen.

Empfehlung: Der Städteverband ersucht den National- und den Ständerat, eine Mitsprachemöglichkeit der Standortgemeinden zu garantieren.



21.047 Geschäft des Bundesrates

Sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien. Bundesgesetz

Montag, 13. März 2023 Nationalrat

Dienstag, 14. März 2023 Nationalrat

Mittwoch, 15. März 2023 Nationalrat

Position: Der Städteverband unterstützt die Energiestrategie 2050 und das Netto-Null-Ziel der Schweiz. Für den Ausbau der erneuerbaren Energien sind globale Ziele sowie spezifische Ziele für die Winterproduktion erforderlich. Der Städteverband begrüsst die vom Ständerat vorgeschlagene Verschärfung der Ausbauziele.

Der Städteverband begrüsst die Ablösung des Einspeisevergütungssystems durch Investitionsbeiträge sowie deren einheitliche Ansetzung auf 60 % der anrechenbaren Investitionskosten. Nicht nur die Realisierung von Anlagen (Neubau oder Erweiterung), sondern auch Kostenstudien sollen teilweise durch Investitionsbeiträge gedeckt werden können.

Der rasche Ausbau erneuerbarer Energien hat vorwiegend über den verstärkten Einsatz der Photovoltaik zu erfolgen. In diesem Bereich muss die Wirtschaftlichkeit der Anlagen mit oder ohne Eigenverbrauch gewährleisten sein. Es gilt, sich von der Logik des Einfamilienhauses zu lösen und die Situation der Städte mit einer grossen Zahl von Mietshäusern stärker zu berücksichtigen. Daher empfiehlt der Städteverband, Einspeisungsauktionen in Verbindung mit einer gleitenden Marktprämie sowie einem einheitlichen Rücklieferntarif einzusetzen.

Eine Interessensabwägung zwischen dem Natur- und Umweltschutz einerseits und den Interessen ihrer Nutzung andererseits ist unerlässlich. Im Hinblick auf die Bekämpfung der Klimakrise sind gewisse landschaftliche Veränderungen vertretbar. Den Bau von Anlagen für die Erzeugung erneuerbarer Energien in Biotopen von nationaler Bedeutung lehnt der Städteverband jedoch ab.

Die Förderung erneuerbarer Energien ist durch den Netzzuschlag zu finanzieren. Um die nötigen Mittel bereitstellen zu können, fordert der Städteverband eine dynamische Gestaltung des Netzzuschlages, dessen Höhe und Dauer sich an der Realisierung der Ziele und an den Marktbedingungen orientieren soll. Um ausserdem jederzeit über die nötigen Mittel verfügen zu können, muss sich der Netzzuschlagfonds auch verschulden können.

Empfehlung: Der Städteverband unterstützt weitgehend die Beschlüsse des Ständerates. Er ruft aber den Nationalrat dazu auf, die Biodiversität zu schützen.



Impressum

Schweizerischer Städteverband SSV
Monbijoustrasse 8, Postfach, 3001 Bern
Telefon 031 356 32 32
info@staedteverband.ch
www.staedteverband.ch
twitter: [@staedteverband](https://twitter.com/staedteverband)
[LinkedIn](#)